

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowich 2120

Anzeigen die dreispalt. Petitzeile 1 Mr. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebühreneinsendung auf Postk. Nr. 11502. Post-
sch. Amt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. Freitags

Kapitalismus und Wirtschaftskrise.

Die allgemeine Verschlechterung der Wirtschafts-
lage in Deutschland kommt sehr deutlich in dem An-
wachsen der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Die
Zahl der Arbeitslosen ist in allen Industriezweigen
und Berufen weit höher als in früheren schlechten
Zeiten. Dabei ist ein Ende nicht abzusehen, und
schon jetzt wenn die Konjunktur ihren tiefsten Stand
erreicht haben sollte, wird die Arbeitslosigkeit in den
nächsten Monaten wegen Eintritt des Winters noch
weiter ansteigen.

Mit dem allgemeinen Rückgang der Zahl der
Löhne und Gehaltsempfänger parallel geht eine
starke Schrumpfung der Umsätze in Nahrungs-
mittel und in Bekleidungsgegenständen.
Wesentlich ist der Rückgang des Umsatzes in Hausat-
tütern und Möbeln. Hier wirkt sich neben der allgemeinen
Arbeitslosigkeit die Folge des geringen Zuges an
Wohnungen aus. Bei weiterer Verringerung der
Einkommen aus Arbeit, die aus saisonmäßigen und
anderen Gründen für die nächsten Monate zu er-
warten ist, muß mit einem verschärften Rückgang
der Umsatzhöhe gerechnet werden.

Der Kapitalismus lehnt die Verantwortung für
diese durch seine Rationalisierungsmaßnahmen ge-
schaffene Arbeitslosigkeit ab. Er sieht einzig und allein
in der Lage des Arbeitsmarktes eine für ihn günstige
Situation, um einen Lohnabbau auf der ganzen
Linie durchzuführen. Leider ist es den Unternehmern
gelungen, in weiten Kreisen der großen Öffentlichkeit
den Glauben zu wecken, daß einer nachhaltigen
Lohnsenkung die Reduktion aller Preise auf dem
Fuße folgen werde. Viel hat dazu die Einstellung der
Regierung Brüning-Steinbrunn beigetragen, die
ebenfalls die Ansicht vertritt, daß dem Lohnabbau
eine allgemeine Senkung der Warenpreise folgen
müsse und dadurch auch bei nomineller Lohnkürzung
die Reallohne nicht gekürzt würden.

Bisher haben die Arbeitnehmer von der an-
geordneten Preissenkung nichts gespürt. Die
Kapitalistenklasse hätte es wohl in der Hand, die
Warenpreise zu senken, sie zieht es jedoch mit Hilfe
ihrer Kartelle vor, jeden ernstlichen Versuch auf
Preissenkung abzulehnen, und stellt daher das
Haupt Hindernis gegen eine gelungene Preisbildung
dar. Wie sich diese Einstellung der Unternehmer in
der Praxis auswirkt, dafür nur ein Beispiel aus der
Zuckerproduktion. Die Unternehmerpresse klagt fort-
während, daß die Konjumenten die gesteigerte Zucker-
produktion nicht aufnehmen. Wie liegen die Dinge
in Wirklichkeit? In New York beträgt zur Zeit der
Großhandelspreis für das Pfund Zucker 4 Pf. Bei
uns ist er durch Reichsgesetz auf 20 1/2 Pf. normiert.
Im Berliner Kleinhandel kostet das Pfund Zucker
30 Pf. Deutscher Zucker kostet im Ausland nur ein
Drittel soviel wie im Inland. Wäre der Klein-
handelspreis bei uns statt 30 Pf. z. B. 15 Pf., so
würde der deutsche Konjument mit Freude ein
solches Pfund mehr pro Kopf und Woche verzehren.
Das würde einen Mehrkonsum von 800 000 Tonnen
im Jahr bedeuten. Da auch in anderen Ländern
bei einer Herabsetzung der künstlich hochgehaltenen
Preise eine gewaltige Steigerung des Konsums ein-
treten würde, so wäre es tatsächlich ein leichtes, die
gesamte Zuckerproduktion der Welt unterzubringen.
Über der hohe Schutzzoll auf Zucker bei uns und in
anderen europäischen Ländern verhindert ein Sinken
des Preises und damit ein Steigen des Konsums.
Wäre die trotz reichlicher Weltproduktion Millionen
von Konjumenten die Befriedigung der elementarsten
Bedürfnisse unmöglich machen und gleichzeitig die
Voraussetzung für die Preishegemonie der Kartelle
bilden, das sind die Kräfte, auf denen der Kapi-
talismus heute fußt.

Dabei unternimmt der Kapitalismus nichts, um
den Opfern der Entwicklung der Technik ein Existenz-
minimum zu sichern, sondern überläßt es dem Staat
für die Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen. Mit
Lohnabbau ist der Wirtschaft nicht geholfen, schon
deshalb nicht, weil die Löhne einen verhältnismäßig
geringen Anteil an den Herstellungskosten haben.
So betragen nach einer Ausstellung des Instituts
für Konjunkturforschung die Löhne in den Hochofen-
betrieben nur 7 Proz. des Produktionswertes, in
der Lederindustrie nur 10 Proz., in der Textil- und
in der Autoindustrie nur annähernd 20 Proz. Eine
Reduktion der Löhne würde hier also das Preis-
niveau nur ganz geringfügig verändern können.
Viel bedeutsamer für die Veränderungen der Waren-
preise sind die Veränderungen in den Preisen für Roh-
stoffe. Nun ist innerhalb des letzten Jahres der Preis
für eine Reihe wichtiger Rohstoffe gesunken, ohne
daß die Fertigfabrikate im Preise gefolgt sind.

Den Arbeiterhaushalt hat die Preissenkung bisher
nicht erreicht. Dagegen sind einflussreiche Kräfte am
Werk, um trotz der Reformen dieses Jahres die
Preise für die notwendigsten Lebensbedarfsgegen-
stände der arbeitenden Bevölkerung hinaufzu-
schrauben. Infolge der agrarpolitischen Protektions-
politik liegen die deutschen Lebensmittelpreise weit
über denen des Weltmarktes. Die Arbeiter sind da-
her gut beraten, wenn sie der angekündigten Preis-
senkung berechtigte Zweifel entgegensetzen und sich
gegen die durch keine Theorie zu rechtfertigende
Lohnherabsetzung wenden. Sie werden in dieser
Stellung gestärkt durch einen Vorgang, der immerhin
von größtem Interesse ist.

Zu derselben Zeit, in der die Berliner einmütig
im Kampf gegen die von den Scharfmachern der
Metallindustrie diktierte Lohnsenkung stehen, ordnet
der bekannte Automobilfabrikant Henry Ford nicht
nur für Berlin, sondern für alle seine Betriebe Lohn-
erhöhungen um 7 bis zu 12 Proz. an. Für Berlin
hat sich die Niederlage der Ford Motor Company
entschlossen, die Stundenlöhne ihrer Arbeiter um
10 bis 30 Pf. zu erhöhen. Diese Erhöhung erfolgte,
trotzdem das Lohnniveau in den Ford-Betrieben be-
reits wesentlich höher ist als in den übrigen deutschen
Automobilfabriken und auch in der Metallindustrie.
Den Metallindustriellen ist dieser Vorgang sehr pein-
lich, und die „Allgemeine Deutsche Zeitung“, das
Leitorgan der Siemens, Vorjig usw. jammert zu
dieser Maßnahme Fords:

Es ist unerfindlich, warum Henry Ford zu seiner
Lohnerhöhung just den jetzigen Augenblick ge-
wählt hat und damit der im wohlverstandenen
Interesse der deutschen Wirtschaft liegenden
Politik unserer heimischen Industrie so schroff
entgegenhandelt.

Immer, wenn kapitalistische Unternehmertreue
vom Interesse der deutschen Wirtschaft reden, ver-
stehen sie darunter rückwärtslose Förderung ihrer
privaten Vorteile. Die Arbeiterklasse ist der Ansicht,
daß auch ihre Interessen in den Bereich der deutschen
Wirtschaft einbezogen werden müssen. Bevor sich
nicht die Kleinhandelspreise für den gesamten Bedarf
des Arbeiterhaushaltes gesenkt haben, werden die Ge-
werkschaften jedem Lohnabbau heftigen Widerstand
entgegenzusetzen. Dabei ist immer wieder hervor-
zuheben, daß es im Interesse der Gesamtwirtschaft
liegt, auf eine Stärkung der Kaufkraft der großen
Massen hinzuwirken, denn wir kommen von der
katastrophalen Arbeitslosigkeit nicht herunter, wenn
es uns nicht gelingt, den Absatz auf dem Innenmarkt
zu heben.

Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten.

Die wirtschaftliche Not hat in Deutschland zu
einer gefährlichen Radikalisierung geführt. Ins-
besondere ist das Kleinbürgertum, dem der Kapi-
talismus immer mehr den Boden unter den Füßen
wegnimmt, mißgeworden und in Scharen zu den
Propheten des „Dritten Reiches“ übergelaufen.

Der Wunderglaube, daß uns eine rabiate Politik
Retten bringen könne, hat jetzt schon einen emp-
findlichen Stoß erlitten. Der Wahlausgang hat
nicht die von den Nazis erwartete Besserung der
wirtschaftlichen Lage gebracht, sondern die Krise noch
erheblich verschärft. Die Gefahr innerer Unruhen
und die äußere Unsicherheit hat dazu geführt, daß
nach der Wahl schon über 1 Milliarde Mark deutsches
Kapital ins Ausland geflohen ist. Dadurch ist eine
Geldverknappung eingetreten, die die Reichsbank
zwingt, den Diskont von 4 Proz. auf 5 Proz. zu er-
höhen. Zur Anturbelung der Wirtschaft brauchen
wir aber billiges Geld. Wenn der Reichsbankdiskont
jetzt statt nach unten nach oben geht, so bedeutet das
eine weitere Verschärfung der Krise, ein weiteres
Wachsen der Arbeitslosigkeit. Der Winter steht be-
drohlicher vor uns als je.

Noch weit schlimmer müßte es aber werden, wenn
die Nationalsozialisten einmal Gelegenheit fänden,
ihr Wirtschaftsprogramm in der Wirklichkeit zu er-
proben. Sie haben ihren Nachläufern die „Be-
freiung von der Young-Sklaverei“ und die „Brechung der Zinsnechsigkeit“
versprochen. Die Durchführung dieser Versprechungen
würde bedeuten: Krieg und Inflation.

Nur Irrsinnige können glauben, daß wir heute
den Young-Plan einfach zerreißen könnten. Hitler
hat sozusagen mit dem Taschenmesser in der Hand
den Revanchekrieg gegen Frankreich gepredigt. Je
näher er an die Verantwortung herankommt, um so
zäher wird er. Schon ist keine Rede mehr von der
„gewaltlosen Abschüttelung des Young-Joches“,
sondern er einst seine etwas beschränkten Nazis be-
geistert. Er setzt jetzt in ausländischen Zeitungen
von „einem gemeinsamen Willen des deutschen
Volkes, bis das Ausland sich von ihm überzeugt
habe“.

Da Hitler selbst nicht glaubt, daß man ihm seiner
schönen Augen wegen etwas schenken werde, bietet
er sich dem ausländischen Kapitalismus als
Margaritenkressen an: „Wir sind keine Margiten,
Margariten bedeutet Feindschaft gegen den Besitz,
wahrer Sozialismus tut das nicht. Das Ausland
ist dabei, Deutschland zu bolschewisieren. Deut-
schland will aber allen und der Welt zumute sein. Des-
halb vertraut auf mich. Laßt euch raten, sehr in
mir keinen schwarzen Mann, sondern nur den
Freund, der euer Bestes will.“ — Das ist von dem
„Lobfeind der Erfüllungspolitik“ übriggeblieben.

Das Kernstück des wirtschaftlichen Programms der
Nazis ist die „Brechung der Zinsnechsigkeit“,
Gottfried Feder, der Theoretiker der Nazis, stellt
sich die Sache ungefähr so vor: Das Kapital besteht
aus einem raffenden und einem schaffenden Teil.
Das raffende Kapital ist das jüdische Finanzkapital,
das enteignet werden soll, das schaffende Kapital be-
findet sich in arischem Besitz. Es beutet den Ar-
beiter angeblich nicht aus und wird darum auch
nicht angefaßt.

Die Zinszahlung wird auf eine sehr einfache Weise
abgeschafft: „Die verzinslichen Staatspapiere wer-
den eingezogen und dafür unverzinsliche ausgegeben.
Die gleiche Methode wird in der Wirtschaft ange-
wendet. Will man zum Beispiel Häuser bauen, so
wird man unverzinsliche Noten ausgeben, deren
Deckung eben in den neugebauten Häusern besteht.

Dabei ist Feder nur ein kleiner Irrtum unterlaufen. Er hat Geld und Kapital verwechselt. Seine unzerzinslichen Noten würden nicht wie heute die Staatsanleihen und die Pfandbriefe in Geldschranken und Banktresors liegen, sondern als Geld umlaufen wie etwa die Reichsbanknoten. Feder würde also ständig Geld in die Wirtschaft hineinpumpen und trotz all seiner „Deckung“ in kürzester Zeit eine Inflation erzeugen. Wenn die Beschaffung von Kapital so einfach wäre, wie es sich Feder vorstellt, dann gäbe es schon lange keinen Kapitalmangel mehr.

Für die Brechung der Zinsnechtigkeit gibt es eben nur einen Weg: Die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel. Nach Hitler ist aber „wahrer Sozialismus“ kein Feind des Besitzes.

Das nationalsozialistische Programm spricht noch von einer Abschaffung des arbeitlosen Einkommens, aber das arische Industriekapital soll nicht angerührt werden. Dann wird die Verstaatlichung aller bereits verstaatlichten Betriebe gefordert, worunter man sich allerlei vorstellen kann, was aber zu nichts verpflichtet. Ferner sollen die Großwarenhändler kommunalisiert werden und zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende vermiert werden. Schließlich bietet man den Arbeitern Gewinnbeteiligung an den Großbetrieben an.

Von all diesen Phrasen würde in der Wirklichkeit nichts übrig bleiben. Der Nationalsozialismus gefährdet den Bestand des Kapitalismus nicht, sondern ist im Gegenteil die letzte Stütze dieses verfallenden Systems. Von dem pseudozialistischen unfeiner Faschismus würde nichts übrig bleiben, als ein werksgemeinschaftlicher Aufbau der Wirtschaft. Das würde bedeuten Zerstückelung der Arbeiterklasse in zahllose Splitter, die auseinander gehetzt werden sollen, damit das Unternehmertum als eine Art Neuwahl über sie herrschen kann, wie früher der Burgherr über seine Bauern.

Die innere Verlogenheit des Nationalsozialismus kann nicht lange verborgen bleiben. Wir hoffen auch, daß das deutsche Volk nicht erst hohes Lehrgeld zahlen muß, ehe es die falschen Propheten des „Dritten Reiches“ durchschaut.

(Gg. Heidenreich.)

Furchtbares Bergungslid bei Alsdorf.

Schon wieder wird ein furchtbares Bergungslid gemeldet. Der Wilhelmshacht der Grube Anna II bei Alsdorf im Aachener Kohlenrevier ist durch noch nicht einwandfrei aufgeklärte Explosionen zerstört worden. Ueber 260 Menschen haben dabei ihr Leben eingebüßt. In den Kreisen der überlebenden Bergarbeiter herrscht große Erbitterung. Der Druck zu unerhörter Arbeit sei auch im Schweizer Bergwerksverein sehr groß. Die schwachen Kräfte und andere Schwergelichter verleihten dazu, die Menschlichkeit unwertig auszunutzen. Mit dem Beileid für die unglücklichen Opfer der entsetzlichen Katastrophe verbindet sich die Forderung nach Befreiung der bisher im Bergbau noch überwiegenden, vor Menschenopfern nicht scheuenden Ausbeutungsmethoden.

Die Dinkamänner am Wert.

Das Soziale Museum veranstaltete in Gemeinschaft mit dem Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt am Main am 3. und 4. Oktober eine Tagung, in der das Problem der industriellen Arbeiterschulung eingehend behandelt wurde.

Dr.-Ing. Kellner sprach über die Pädagogik der Facharbeiterausbildung. Redner veranschlagt die Zahl der ständig in Berufsausbildung befindlichen Lehrlinge auf rund 500 000. Die drei Hauptaufgaben der Facharbeiterausbildung wurzeln in der Forderung nach Berufsausbildung, nach Vertiefung der Berufsausbildung und nach Vertiefung des Gemeinschaftslebens. Das Lehrverhältnis sei nicht als Arbeitsverhältnis, sondern als ein Ausbildungs- und Erziehungsverhältnis anzusehen. Die zweckmäßigste Form der Wertlehre sei in der Lehrwerkstatt gegeben; zu empfehlen sei allerdings, die Lehrlinge nicht die gesamte Lehrzeit, sondern nur die Hälfte bis drei Viertel derselben in der Lehrwerkstatt verbringen zu lassen, während der letzten Zeit müßten sie Gelegenheit haben, sich in die Betriebsverhältnisse einzugewöhnen. Vorbehalt bestritten wurde die Auffassung des Redners, daß die vom Lehrling geschaffenen Arbeitswerte bedeutend unter den Aufwendungen der Industrie für die Ausbildung der Facharbeiter liegen.

Oberingenieur Karl Arnold, Leiter vom Deutschen Institut für technische Arbeiterschulung (kurz „Dinta“ genannt) sprach über die Arbeiterschulung im Rahmen des Betriebs nach den Grundgedanken des

Dinta. Die Dinta-Arbeit habe das Ziel, die Erzeugnisse der menschlichen Arbeit zu verbessern und zu verbilligen. Voraussetzung für dauernden Erfolg sei, daß der schaffende Mensch als der wichtigste Faktor der Betriebe erkannt und auch gewertet wird. Der „Dinta“-Ingenieur will durch seine Erziehungsarbeit den Satz Lügen strafen, daß Arbeit Fron ist. Das Dinta suche die Ausbildung des Facharbeiters nur im Betrieb vorzunehmen. Daß unter diesen Umständen der Gründer des Dinta, der Großindustrielle Böglter und seine Kreise sehr zufrieden mit den bisherigen Leistungen des Instituts sind, wurde nur nebenher erwähnt.

In der anschließenden Aussprache wandte sich der größte Teil der Redner, vor allem die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen, in scharfer Weise gegen das Dinta-System. Man dürfe die Gewerkschaften nicht bei der Bildungsarbeit ausschließen, in den Werkstätten könne und müsse unbedingt mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet werden.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Arnold legte den Standpunkt seiner Gewerkschaften zur Arbeiterschulung dar, sie seien stets für die Erziehung der Arbeiter eingetreten, hätten jedoch bei der Industrie kein Verständnis gefunden. Den Standpunkt der freien Gewerkschaften vertrat Fritz Friede, der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule, in seinem groß angelegten Referat über „Aufgaben und Grenzen technischer Arbeiterschulung, beurteilt vom Standpunkt des Arbeitnehmers“. Friede führte aus: Wenn die Arbeitgeber auf dem Standpunkt stehen, der Lehrvertrag sei kein Arbeits-, sondern ein Erziehungsvertrag, dann darf diese Erziehung nicht in die Hände der Arbeitgeber gelegt werden. Nichts berechtigt den Arbeitgeber als Erzieher aufzutreten.

Kollegen und Kolleginnen!

Die Werbearbeit für den Verband muß mit Energie und Ausdauer fortgesetzt werden. Die Unorganisierten sind über den Verband und seine Bestrebungen aufzuklären. Ehrenpflicht eines jeden Verbandsmitgliedes muß es sein, der Berufsorganisation ein neues Mitglied zuzuführen.

den meisten fehlt jede Fähigkeit, als Erzieher zu wirken. Der Arbeitgeber hat als wirtschaftlicher Interessent am Arbeiter nichts zu erziehen, sondern er kann ihn nur zur Arbeit schulen. Solange es Gewerkschaften gibt, sind diese an der Berufsausbildung interessiert. Schon 1878, als die Arbeitgeber noch an keine schulische Ausbildung dachten, wurde der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker gegründet. Dies nur ein Beispiel, das sich beliebig vervielfältigen läßt. Es gibt keine Gewerkschaft, die nicht das Bestreben hat, die Mitglieder auch in fachlicher Beziehung zu schulen. Sie fördern das Bestreben der Berufsschulen, sich so eng wie möglich an die Praxis anzuknüpfen. Die Werkstätten der Berufsschulen kommen der Praxis ebenso nahe wie die Werkstätten. Zur Frage der Berufsschule oder Werkstätte ist zu sagen, daß der Berufsschullehrer niemals als Angestellter dem Arbeitgeber, sondern dem Staat, der Öffentlichkeit und den Eltern verantwortlich sein muß. Die Berufsschule muß öffentlich sein. Die Grenzen technischer Arbeiterschulung verlaufen da, wo die gestaltungsmäßige Beeinflussung beginnt. Was das Dinta in der Berufsausbildung leistet, gibt ihm keinen Vorrang vor dem modernen Berufsschulwesen. Das Dinta soll politische Arbeit für die Unternehmer leisten, aber die Arbeiterklasse ist auf der Hut. Wir sind Professor Duntmann dankbar, der deutlich ausspricht, daß das Dinta auf die unorganisierten Arbeiter einwirken müsse, sie politisch isolieren solle, um den Gewerkschaften das Wasser abzugraben. Ebenso darf ein Ausspruch des Dinta-Leiters Arnold nicht unvergessen bleiben, das Dinta sei letzten Endes Ertrag für das alte Heer. Es müsse mehr gedient, als verdient werden. Die Gewerkschaften, die an der Arbeiterschulung interessiert sind und diese jahrelang gepflegt haben, sagen ihre Freundschaft da auf, wo die Arbeiterschulung mit der politischen Beeinflussung der Arbeiter verbunden wird.

Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Ausführungen Friedes; diese wurden noch durch die Ausführungen einzelner Redner ergänzt. Auch das Schlusswort des Dinta-Leiters Arnold konnte den großen Eindruck von Friedes Referat nicht ablöscheln.

Der letzte Referent, Diplomingenieur Professor Bösch, zeichnete die Aufgaben der öffentlichen Berufsschule klar auf und zeigte den Teilnehmern durch eine eingehende Schilderung der Unterrichtsformen, daß die öffentliche Berufsschule ihrer Aufgabe nach der technischen, der staatsbürgerlichen und der kulturellen Seite hin voll gewachsen ist.

Zweifellos hat auch diese Tagung gezeigt, daß das vielumstrittene Dinta ein Institut ist, das den berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse entgegensteht.

Nicht in den Werkstätten, die unter dem Einfluß der Arbeitgeber stehen, sondern in den öffentlichen Berufsschulen, die der Kontrolle der Allgemeinheit unterstehen, soll der berufliche Nachwuchs erzogen werden.

Wiederholung der Internationalen Hygiene-Ausstellung im Jahre 1931.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 ist geschlossen worden. Es lebe die Hygiene-Ausstellung 1931! So ungefähr könnte man sagen, wenn man die Tatsache erfährt, daß die Ausstellung Mitte Mai nächsten Jahres wieder eröffnet werden soll. Wie es zu diesem Entschluß gekommen ist, kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß die Dresdener Veranstaltung grundsätzlich ein großer Erfolg war. Von der finanziellen Seite wollen wir hier absehen. Eine Bitte à la „Spa“ in Leipzig war die Ausstellung sicher nicht. Dem steht schon die Tatsache entgegen, daß 3 Millionen Besucher gezählt wurden. Dabei muß man aber berücksichtigen, daß heuer das Wetter den ganzen Hochsommer über sehr schlecht war und daß vor allem die Wirtschaftskrise die Kreuze vom Besuch fernhalten mußte, denen die Ausstellung vor allem Anregung geben sollte: die Arbeiterklasse. Es ist gerade von den proletarischen Besuchern viel darüber gesagt worden, daß die Eintrittspreise zu hoch gewesen wären. Das ist richtig, 1,50 Mk. und 2 Mk. sind zu viel, besonders wenn — wie es wünschenswert ist — die Frau mitgenommen werden soll. Nun gab es allerdings bei allen Gewerkschaften verbilligte Karten für etwa 1,10 Mk., aber auch das war noch zu viel. Zu hoch befanden wurden auch die Preise in den Gastwirtschaftsbetrieben. Das preiswerteste Lokal war der Kugelhausbetrieb des Dresdener Volkshauses. Aber die Wirtschaftsanstalt war eben teuer viel zu groß, als daß die Massen der Arbeiterklasse die Ausstellung im wünschenswerten Umfange hätten besuchen können.

Hätte man bei Beginn der Ausstellung gewußt, daß die Absicht besteht, die Veranstaltung im Jahre 1931 zu wiederholen, sicher hätte man gleich niedrigere Eintrittspreise nehmen können. So muß es uns ein Trost sein, daß 1931 die Eintrittspreise auf höchstens 1 Mk. sich belaufen werden. Dabei wird für Gewerkschaftsmitglieder der Preis noch weiter herabgesetzt werden. Denn gerade die Gewerkschaften waren es, die sich für die Wiedereröffnung der Ausstellung einsetzten. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich bei seiner Dresdener Tagung davon überzeugt, daß die Internationale Hygiene-Ausstellung gerade für die arbeitende Bevölkerung von Wert ist.

Der ideale Erfolg der Ausstellung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aus allen Ländern der Erde sind die Interessenten nach Dresden gekommen und fast alle haben nur eines begehrt: daß das ausgezeichnete Material, das die Ausstellung bietet, nun wieder in alle Winde gestreut würde. Das und die befürwortende Haltung der Gewerkschaften war es vor allem, was die Veranlassung bot, die Ausstellung 1931 zu wiederholen.

Entscheidend für die nächstjährige Ausstellung wird natürlich in erster Linie sein, ob es gelingt, die Aussteller zu veranlassen, sich wiederum zu beteiligen. Schon heute kann gesagt werden, daß die wissenschaftlichen Gruppen voll erhalten bleiben werden. Inwiefern die Industrieausstellungen bleiben, weiß man noch nicht. (Zur Not kann auf sie verzichtet werden, denn sie trugen doch mehr oder minder Wesencharakter.) Neu entstehen werden andere Gruppen: so zum Beispiel „Hygiene in der Technik“, die neues, aktuelles und umfangreiches Material zur Darstellung bringt. Der internationale Teil wird weiter ausgebaut werden. Verschiedene Staaten, so zum Beispiel Amerika, werden ihre Schauen vergrößern.

Wünschenswert wäre aber noch, daß in der Gesamtheit der Ausstellung eine Veränderung eintritt. Man sollte sich weniger scheuen auszusprechen, was ist. Man sollte aber auch mehr als bisher hervorheben, daß es vor allem die Gewerkschaften sind, die den sozialen Fortschritt für ihre Mitglieder erkämpfen. Der Kampf um kürzere Arbeitszeit, um höhere Löhne ist ja nichts anderes als ein Kampf um die Hebung der Volksgesundheit. Das stärkere zum Ausdruck zu bringen, sollte die Internationale Hygieneausstellung Dresden 1931 nicht verkümmern. Erwin Peggall, Dresden.

Bildungsarbeit zur Werbung für den Verband.

Bildung innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung muß Zweckbildung sein. Gewerkschaftliche Bildung soll gewerkschaftliche Menschen schaffen. Sie soll Menschen herantreiben, die die ökonomischen Zusammenhänge verstehen, die Notwendigkeit sozialistischen Kampfes begreifen und den geistigen und sittlichen Sinn des wirtschaftlichen Kampfes erleben. Damit wird die gewerkschaftliche Bildung dann zugleich zur Menschenbildung überhaupt. Jede Zeit hat ihre besondere Aufgabe gegenüber der Bildung des Menschen. Die Bildung unserer Zeit soll Menschen schaffen, die diese Wende der Zeit erfassen und tragen.

Es kann gar nicht anders sein, als daß sich das große Suchen dieser Zeit nach neuen Formen in irgendeiner Weise in jedem regt, und wir müssen den Menschen darum in ihren geistigen Bedürfnissen und seelischen Regungen lauschen und die Weisen, die trotz aller wirtschaftlichen Aufklärung den Weg zum Verstand dennoch nicht gefunden haben, in der ihnen nicht liegenden Weise zu gewinnen suchen. Und hierbei bietet die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in ihrer Mannigfaltigkeit ein weites Feld.

Es ist eine der Wirklichkeit völlig widersprechende Auffassung, daß es nicht jedem möglich sei, Kultur zu zu würdigen und aus dem Kulturellen heraus zu denken. Diese Auffassung ist in intellektuellen Kreisen vielfach zu finden. Sie hat sogar einen Laststoß dazu geführt, aus tiefem sozial-ethischen Bewußtsein heraus Kulturköpfe wie Goethe, Beethoven, Shakespeare zu verurteilen, weil zu deren Würdigung eine bevorrechtete Stellung im Leben gehöre. Aber auch in den eigenen Reihen wird dieses kulturelle Verständnis und Bedürfnis, das im Grunde in jedem ist, noch zu wenig gewürdigt.

Die Erfahrung von Jahren hat gezeigt, daß viele Menschen das wirtschaftliche Leben ganz anders sehen, wenn es ihnen unter dem kulturellen, dem geistigen und ethischen Bewußtsein gezeigt wird, daß somit auch kulturelle Bildungsarbeit wirtschaftlich wirksam sein kann, wenn nur aus dem Kulturellen heraus die nötigen sozialen Konsequenzen gezogen werden.

Darum sollte die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aber auch in den einzelnen Orten nicht neben der Werbearbeit als etwas Fremdes hergehen. Sie muß vielmehr eingefügt werden in den alles beherrschenden Gedanken, an dieser Wende der Zeit die schaffende Masse organisatorisch zu erfassen und anzuspannen in die große Aufgabe, die wir in dieser geschichtlichen Stunde zu erfüllen haben.

Millionen sind organisiert. Wir sind stolz darauf. Doch größer noch ist die Zahl der schaffenden Menschen, die abseits stehen dem Kampfesweg. In unserer Bildungsarbeit haben wir ein noch viel zu wenig gebrauchtes Arsenal von geistigen Rüstzeug, alle schaffenden organisatorisch zu erfassen in einer Front.

Dr. G. H.

Rückforderung öffentlicher Fürsorgeleistungen von Arbeitslosen.

In einem Schreiben vom 5. August 1930 — III 203/30 (Beilage zum Reichsarbeitsmarktanzeiger Nr. 20, S. 65/30) — gibt der Präsident der Reichsanstalt einen Erlaß des Preussischen Ministers für Volkswirtschaft vom 19. Mai 1930 zur Kenntnis, der folgenden Wortlaut hat:

Nach § 25 FZ steht den Fürsorgeverbänden ein Anspruch auf Rückzahlung der aufgewendeten Kosten gegen den Unterstützten zu, wenn dieser zu hinreichendem Vermögen oder Einkommen gelangt ist — vgl. Urteil des Kammergerichts vom 15. Mai 1928 (Volkswirtschaft 1928, Sp. 969). Nach § 20 Abs. 5 WVG ist bei der Vermittlung dieses Anspruchs weitest gehende Rücksicht darauf zu nehmen, daß nicht durch die Art der Kosteneinziehung die wirtschaftliche Existenz des Ertragspflichtigen gefährdet wird. Beiden Bestimmungen werden die Fürsorgeverbände nicht gerecht, wenn sie gegenüber Arbeitslosen, insbesondere langfristigen Arbeitslosen, die nach Durchlaufen der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen sind, allein aus der Tatsache der Wiederaufnahme von Lohnarbeit und des Vordringens folgern, daß der Ertragsanspruch bereits entstanden ist oder geltend gemacht werden dürfte. Selbst wenn das Lohn Einkommen den Rücksicht der öffentlichen Fürsorge erheblich überschreitet, wird zunächst die Ertragspflicht noch nicht gegeben sein, wenn z. B. der Unterstützte während der Arbeitslosigkeit Schulden gemacht hat, die zunächst gelöst werden müssen, oder er seine Angehörigen in Kleidung und Ernährung derart zurückgelassen hat, daß zur Erhaltung der Arbeitsreadigkeit und der Arbeitskraft zunächst einmal Anschaffungen und Ausgaben gemacht werden müssen. Erst wenn solche vorrangigen Bedürfnisse nicht mehr vorliegen oder be-

friedigt sein könnten, kann von hinreichendem Einkommen gesprochen werden, das die Geltendmachung des Ertragsanspruches rechtfertigen könnte. Aber auch dann muß bei der Einziehung, insbesondere durch Zulassung angemessener Teilzahlungen, vermieden werden, daß der in Anspruch genommene oder seine Angehörigen alsbald wieder in Not, die nicht gerade Hilfsbedürftigkeit zu begründen braucht, gerät.

Ich erlaube, die Bezirksfürsorgeverbände, für die Abdrucke beiliegen, zur Beachtung dieser Gesichtspunkte zu veranlassen.

Der vorstehende Erlaß läßt wieder einmal erkennen, wie ungünstig die Lage aller der Arbeitslosen ist, die keinen Anspruch mehr gegen die Arbeitslosenversicherung haben und zur Krisenunterstützung nicht zugelassen oder aus dieser ausgeschlossen sind. Die Einziehung der Wohnfahrtsbeiträge in die Krisenfürsorge muß daher immer dringender gefordert werden.

Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung.

Die Gesamtausgabe für Gesundheitsfürsorge der Invalidenversicherung stellte sich im Jahre 1929 auf 116,7 Millionen Mark, nach Abzug der Ertragsleistungen durch Krankenkassen usw. auf 88,5 Millionen Mark gegen 82,1 Millionen Mark bzw. 70,3 Millionen Mark im Jahre 1928. Seht man die aus Hilfsmitteln zur Verfügung gestellten Beträge (rund 40 Millionen Mark) ab, so wurden von der Gesundheitsfürsorge der Invalidenversicherung über 4 Proz. der Beitragseinnahmen in Anspruch genommen.

Im Jahre 1929 wurden 235 203 versicherte Männer und 154 513 versicherte Frauen, zusammen also 389 716 Personen in Heilbehandlung genommen. Von je 100 Behandelten sind 36 gegen 40 im Vorjahr einer ständigen Heilbehandlung unterzogen worden. Unter „ständiger Heilbehandlung“ wird jedes planmäßige Heilverfahren in Anstalten oder auch die dauernde ärztliche Behandlung in der eigenen Wohnung des Versicherten oder in der Sprechstunde des Arztes verstanden, unter „nichtständiger Heilbehandlung“ die vorübergehende Behandlung in der Sprechstunde des Arztes sowie alle einmaligen oder vorübergehenden Maßnahmen wie Gewährung von Arzneien, Jahreshäufig usw. Die geringe Erweiterung, welche die Heilbehandlung, im Vergleich zu dem starken Ansteigen in den Vorjahren, erfahren hat, beschränkte sich auf die nichtständige Behandlung. Stärker als der Umfang sind die Kosten der Heilbehandlung gestiegen. Die Durchschnittskosten für eine behandelte Person haben sich von 194 M. auf 213 M. erhöht. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 83,2 Millionen Mark (im Vorjahr 72,1 Millionen Mark), von denen jedoch nur 58,4 Millionen Mark (50,3 Millionen Mark) zu Lasten der Invalidenversicherung selbst gingen, während die restlichen 24,8 Millionen Mark von anderen Zweigen der Sozialversicherung, von Gemeinden usw. getragen wurden.

Der Kampf gegen die Tuberkulose steht im Vordergrund der Heilbehandlung. Im Berichtsjahr wurden 41 772 Personen einer Behandlung wegen Tuberkulose unterzogen. Der Kostenaufwand betrug 32,7 Millionen Mark. Unter den Behandelten waren nur 496 an Knochen- und Gelenktuberkulose und 218 an Lungen erkrankt; die weit überlegende Zahl entfiel also auf Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose. Die Behandlung gegen Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose stellte sich im Durchschnitt bei ständiger Behandlung auf 801 M. (im Vorjahr 675 M.) und bei nichtständiger Behandlung auf 218 M. (140 M.).

Der Anteil der einzelnen Altersgruppen der ständig Behandelten hat sich gegenüber 1928 nur wenig geändert. Die stärkste Belastung wiesen die unteren Altersklassen auf; von den behandelten Männern war die Hälfte, von den Frauen waren sogar zwei Drittel noch nicht 30 Jahre alt.

Einer Heilbehandlung wegen Geschlechtskrankheiten wurden im Berichtsjahr 23 433 Personen — überwiegend ambulatorisch — gegen 18 131 im Vorjahr und 13 497 im Jahre 1927 unterzogen. Aus der Zunahme der Behandlungsziffer darf jedoch auf eine stärkere Verbreitung der Geschlechtskrankheiten nicht geschlossen werden. Die Steigerung dürfte vielmehr als eine Auswirkung des Selbes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten anzusehen sein, das neben der umfassenden Aufklärungs- und Fürsorge Tätigkeit zu einer ausgebreiteten Erfassung der Krankheitsfälle geführt hat. Der Gesamtaufwand für die Heilbehandlung der Geschlechtskrankheiten betrug 2,3 Millionen Mark (1928 1,7 Millionen Mark).

Wegen „anderer Krankheiten“ sind im Berichtsjahr 96 100 Personen einer ständigen und 229 011 einer nichtständigen Heilbehandlung mit einem Kostenaufwand von 34 Millionen Mark und 14 Millionen Mark unterzogen worden, und zwar wegen rheumatischer Krankheiten 20 584, Nervenkrankheiten 24 402, Erstickungskrankheiten 14 541, Krankheiten der Atmungsorgane (nicht Tuberkulose) 12 729, Herz- und Gefäßkrankheiten 9151, Krankheiten der Verdauungsorgane 4807, Krebskrank-

heiten 90, Alkoholkrankheiten 313, Frauenkrankheiten 851 und Zahnkrankheiten 225 270.

Von der gesamten Zunahme der durch die Träger der Invalidenversicherung einer Heilbehandlung unterzogenen Personen entfiel wieder der Hauptteil auf die Zahnbehandlung. Verhältnismäßig nach stärker stieg in den beiden letzten Jahren die Zahl der behandelten Personen bei einer Reihe anderer Krankheiten, zum Teil sogar auf das Doppelte, wie es bei Krankheiten der Verdauungsorgane und bei Alkoholkrankheiten der Fall war.

Zur Durchführung der Heilbehandlung standen 122 Heilstätten mit Betten für 8556 Männer, 5249 Frauen und 2118 Kinder, zusammen also 16 323 Betten gegen 15 513 im Vorjahr zur Verfügung.

Außer für die Heilbehandlung der Versicherten wurden in steigendem Maße auch Mittel zur allgemeinen Besserung der gesundheitlichen Lage der versicherten Bevölkerung, einschließlich der Ehefrauen und Kinder, angewendet. Im Berichtsjahr wurden für diese Zwecke 27,8 Millionen Mark gegen 18,1 Millionen Mark im Jahre 1928 und 13,6 Millionen Mark im Jahre 1927 ausgegeben. Im Vordergrund steht auch hier der Kampf gegen die Tuberkulose, auf den fast die Hälfte der Aufwendungen entfiel. Namhafte Beträge wurden für die Kinderfürsorge — 57 437 Kinder einschließlich Waisenkinderempfangen wurden in Heilstätten usw. untergebracht — und zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten ausgegeben. Dem letzteren Zweck dienen vor allem die Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten, die von den Trägern der Invalidenversicherung zum Teil in Verbindung mit Krankenkassen, Gesundheitsbehörden usw. errichtet worden sind. Ende 1929 gab es 265 solcher Beratungsstellen, bei denen im Berichtsjahr 120 786 Personen als krank gemeldet wurden. Unter den Gemeldeten sind 77 250 oder 64 Proz. als tatsächlich krank befunden worden. Von je 100 Erkrankten waren 55 Männer, 41 Frauen und 4 Kinder.

Infolge des allgemeinen schweren Niederganges des Wirtschaftslebens und der gewaltigen Arbeitslosigkeit sind die Beitragseinnahmen der Träger der Invalidenversicherung in erschreckender Weise zurückgegangen. Sie sind erheblich hinter den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums zurückgeblieben. Sollen die derzeitigen geschätzten Leistungen der Invalidenversicherung und ihre segensreiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge aufrechterhalten werden, so ist die baldige Zuführung von neuen Einnahmemitteln unbedingt geboten.

Die Erwerbslosenzahl steigt weiter.

Nach den Berichten der Reichsanstalt stellte sich die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen in der ersten Oktoberhälfte auf 3 184 000, von denen etwa 3 116 000 als tatsächlich arbeitslos zu gelten haben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung betrug 1 491 000, die der Krisenunterstützten 488 000. Die starke Zunahme der Arbeitslosen um 112 000 in den ersten beiden Oktobermonaten ist bedingt durch die schärfere Erfassung der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrts-erwerbslosen und durch den Zustrom entlassener Angestellter. Von einer Auswirkung etwaiger Arbeitsbeschaffungsmassnahmen ist nicht das geringste zu verspüren.

Berschlechterte

Finanzlage der Invalidenversicherung.

Die Entwicklung der Beitragseinnahmen war bei der deutschen Sozialversicherung im zweiten Vierteljahr 1930 uneinheitlich. Zwar war die Zahl der beschäftigten versicherungspflichtigen Personen im zweiten Vierteljahr größer als im ersten Vierteljahr 1930, doch erhöhten sich allein bei der Kranken- und Angestelltenversicherung die Beitragseinnahmen, während bei den übrigen Versicherungszweigen, vor allem bei der Invaliden- und Knappschaftspensionsversicherung, Rückgänge zu verzeichnen waren. Da bei den Krankenkassen der Krankenstand im zweiten Vierteljahr 1930 sehr günstig war, überstiegen die Einnahmen nicht unwesentlich die Ausgaben, die gegenüber dem Vorjahr eine Senkung um 5,3 Proz. erfuhr. Es bestätigt sich also die seit vorliegenden Kasernenberichte, daß der Rückgang der Ausgaben auch ohne die Notverordnung mit ihren Verschlechterungen der Versicherungsleistungen Tatsache geworden wäre. Der Stand der Knappschafts- und Invalidenversicherung weist dagegen weitere Verschlechterungen auf. Bei der Knappschaftsversicherung wurden im zweiten Vierteljahr 1929 86 Proz. der Renten durch die Beitragseinnahmen aufgebracht, im zweiten Vierteljahr 1930 dagegen nur 67 Proz. Ganz ähnlich verschlechterte sich die Lage der Invalidenversicherung.

Auch in der Angestelltenversicherung, bei der zwar auch im zweiten Vierteljahr 1930 die Einnahmen die Ausgaben überstiegen, war der Ueberschuß zwischen beiden Posten erheblich geringer als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Berichte aus den Verwaltungen

Mannheim. Nach Ehrung unseres verstorbenen Kollegen Schmeiger hielt Arbeitersekretär Nagel ein Referat über die Sozialversicherung...

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen wurde zum Geschäfts- und Kassenbericht übergegangen. Es haben stattgefunden: eine allgemeine Mitgliederversammlung, zwei Vorstandssitzungen...

Dem Geschäftsbericht folgte ein Bericht des Kollegen Wille, Mitglied der Lehrlingsprüfungs-Kommission, über die diesjährige Gesellenprüfung...

Ernst Righaupt

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Der Ägyptische Gewerkschaftsbund, der bereits seit längerer Zeit in freundschaftlichen Beziehungen zum IOB steht und auf dem Stockholmer Kongress des IOB durch Gaidelgeier vertreten war...

Der Gewerkschaftsbund Norwegens, der in letzter Zeit in erfreulicher Entwicklung begriffen ist und nunmehr rund 130 000 Mitglieder zählt...

Der Vorstand der Landeszentrale hat den nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongress auf Sonntag den 15. Februar 1931 und folgende Tage...

keine Vereinigung der Kupferhämde mit dem Metallarbeiter-Verband. An der Abstimmung vom 4. bis 11. Oktober haben 5458 Mitglieder des Verbandes der Kupferhämde gleich 77,5 Proz. teilgenommen...

Die „Demog“ im Jahre 1929.

Die den freien Gewerkschaften nahestehende Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge-Vereinigung) weist für das Jahr 1929 einen Reingewinn von 28 000 M. aus gegenüber 74 600 M. im Vorjahr...

Im übrigen muß bei der Entwicklung im Jahre 1929 die schlechte Lage des Hypothekensamarktes berücksichtigt werden. Das Umschuldungsprogramm der Gemeinden wirkte sich in der Art aus...

Die Einnahmen werden mit 519 000 M. angegeben gegenüber 295 000 M. im Vorjahr. Die Steigerung der Einnahmen erklärt sich dadurch...

Die Demog sieht von der Verteilung einer Dividende ab, um angesichts der ersten Lage auf dem Bau- und Wohnungsmarkt unter allen Umständen gerüstet zu sein.

Büchertisch

Kugak Ullinger: „Zehn Jahre Bauhüttenbewegung“. 191 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Leinen gebunden: 6 M., Organisationspreis 4,50 M.

Dieses Buch schildert kurz die Entstehung und Entwicklung des Verbandes sozialer Baubetriebe und der gesamten Bauhüttenbewegung. Es betont besonders, daß die Bauhüttenbewegung eine Folge des Willens der baugewerblichen Gewerkschaften ist...

Zuletzt hat die Bauhüttenbewegung, wie das ganze Baugewerbe, unter der ungewöhnlich schlechten Bauwirtschaft zu leiden. Bei der Arbeit, die die Bewegung in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens erreicht hat, ist noch zu erwarten, daß sie auch die jetzige Wirtschaftskrise überwinden und im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens einen weiteren Aufstieg nehmen wird.

Sieben erschienen im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Wittenwalderstr. 44.

Nach zu danken! (Die Vorkurschule aus der Feder des ersten akademischen Vorkurschülers) von Max Roede. Lehrgang I und II mit Bildern. Preis jedes Lehrgangs nur 1,25 M. Ferner erschienen in demselben Verlag: Vorkurschule durch Körper-Training. Zweckmäßig ineinandergreifende Körperbildung

und Körperpflege nicht einseitiges Muskeltraining. Von H. Glaser, Leiter, Sport- und Gymnastiklehrer und Mitglied der verschiedenen Nachbarverbände. Mit 27 zum Teil ganzseitigen Bildern auf Hochdruckpapier. Preis nur 1,25 M.

Am Verlag von Carl Zwing, Verlagshausbuchhandlung, Jena, erschien:

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gewerblichen Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Gewerkschaftliche Bildungsarbeiten“. Herausgegeben von Carl Zwing, Jena. Oktoberheft 1930. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2.— M. Den Ortsverwaltungen sind diese Heftchen zum Abonnement empfohlen.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Zeitschrift für den Betrieb und die Wirtschaft. Herausgegeben von Carl Zwing, Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2.— M. Den Ortsverwaltungen sind diese Heftchen zum Abonnement empfohlen.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 27. Oktober bis zum 2. November ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichtskarten über Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschäftigung Ende Oktober 1930 einfinden.

Alle Ortsverwaltungen, die die Berichtskarte noch nicht eingeleitet haben, werden ersucht, das Berichtsamt bis spätestens zum 5. November nachzuholen.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnten zurückblicken:

Schwerin i. M. Köstlich, Alfred, Tapezierer.

Veranstaltungskalender

Bielefeld. Jugendabteilung. 5. November: Einüben von Liedern; 12. November: Fortsetzung des Vortrags von Dr. Thunert; 26. November: Spiel und Tanz; 3. Dezember: Wiederabend und Vorträge; 10. Dezember: Vespere; 17. Dezember: Vortrag über Wirtschaftskrisen; 18. Dezember: Weihnachtsabend (Datum wird noch bekanntgegeben).

Magdeburg. Mitgliederversammlung am 7. November, abends 8 Uhr, bei Brunow. Genosse Fr. Henneberg spricht über: „Der Kampf der Arbeiterklasse um Wirtschaft, Staat und Kultur.“

Der Vorstand.

Stuttgart. Am Samstag, dem 8. November, findet unser 40. Stiftungsfest, verbunden mit der Ehrung der Jubilare statt. Auch ist eine reichhaltige Gabelnverlosung damit verbunden. Wir laden hiermit unsere Mitglieder, auch die der umliegenden Verwaltungen, samt ihren Angehörigen und Bekannten freundlichst hierzu ein.

Zeit. Äbtinerei Kolleginnen und Kollegen! Aufgepaßt! Unsere am 7. November fällige Mitgliederversammlung findet erst am 15. November im Restaurant „Felsenkeller“ Freiligrathstraße, statt. Dort spricht der Kollege Galm, Ortsangestellter von Offenbach a. Main, über das Thema: „Die Wirtschaftskrisis und deren Bekämpfung“. Erscheinen ist Pflicht. Beginn 20 Uhr. Um Pünktlichkeit wird gebeten. Nach dem „geschäftlichen“ wie immer der „gemütliche“ Teil.

Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Bernburg. Kass.: Paul Tische, Blumenstraße 11.

Erfurt. Vorf. Daniel Engel, Luisenstraße 18.

Köthenburg. Kass. Georg Körner, Paulstraße 111.

Sterbetafel

Bayreuth. Am 10. Oktober starb unser Mitglied, der Sattler Adam Gräber, im Alter von 66 Jahren.

Hamburg. Am 8. Oktober starb unser langjähriges Mitglied, der Sattler Edward Dießing, im Alter von 66 Jahren.

Offenbach a. M. Am 14. Oktober starb unser Mitglied, der Portefeuilier Karl Engeström, im 61. Lebensjahr nach fast 30jähriger Mitgliedschaft.

Am 16. Oktober starb unser Mitglied, der Portefeuilier Paul Regenshuber, im 47. Lebensjahr.

Zeit. Im Alter von 24 Jahren wurde uns die junge Kollegin Margarete Wolffert durch den Tod entzissen.

Ehre ihrem Andenken!